

Neue Ampeln und Verkehrsschilder

Aufgrund des vermehrten Auftretens von Unfällen in Dili verhandelt die Regierung Osttimors zurzeit mit der Regierung von Tasmanien über die Finanzierung der Aufstellung von Ampeln sowie mehr Verkehrsschildern in Dili, vor allem an Kreuzungen. Laut dem Distriktverwalter Ruben Bras soll zudem die Anschnallpflicht eingeführt und das Tragen von Helmen gefördert werden. Um Staus in Dili zu verhindern, werden außerdem neue Straßen gebaut.

vgl. Suara Timor Lorosa'e
11.10.2004, Timor Post 11.10.2004
(alle über etan.org)

Gusmao zu Besuch in Berlin

Am 20. Oktober 2004 reisten der Präsident Osttimors Xanana Gusmao und Außenminister Jose Ramos-Horta zu einem offiziellen Besuch nach Berlin. Gusmao traf sich dort mit Bundespräsident Horst Köhler, Außenminister Joschka Fischer sowie der Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Heidemarie Wiecek-Zeul. Daneben sprach er mit Managern deutscher Unternehmen, um über Investitionsmöglichkeiten in Osttimor zu beraten. Als Fußballfan besuchte er auch den Verein Hertha BSC Berlin und traf dort auf zwei brasilianische und einen angolanischen Spieler. Osttimor ist Mitglied in der Gemeinschaft Portugiesisch sprechender Länder (CPLP).

In der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik in Berlin sprachen Gusmao und Ramos-Horta über die Probleme, mit denen Osttimor heute konfrontiert ist, über die nötigen Maßnahmen für die Entwicklung des Landes sowie das Tribunal zur Bestrafung der 1999 begangenen Menschenrechtsverletzungen. Die derzeitigen zentralen Probleme seien jedoch die innere Sicherheit und Stabilität sowie die Armut in Osttimor.

vgl. Lusa 21.10.2004 (über etan.org), Watch Indonesia 2.11.2004

Weiterhin Ablehnung des Tribunals

Bei seinem Besuch in Berlin sprach sich der osttimoresische Präsident Xanana Gusmao erneut gegen die weitere Verfolgung der Verbrechen gegen die Menschlichkeit, die 1999 vor, während und nach dem Unabhängigkeitsreferendum durch indonesische Generäle und pro-indonesische Milizen begangen wurden, aus: Gerechtigkeit bedeute wirkliche Unabhängigkeit — soziale Gerechtigkeit und Entwicklung. Gusmao ist der Meinung, dass Osttimor einzig in die Zukunft blicken solle, anstatt weiterhin in der Vergangenheit zu leben. Auch die Osttimoresen selbst hätten Fehler gemacht.

Die von den Vereinten Nationen eingesetzte Serious Crimes Unit zur Vorbereitung der Klagen wurde von Gusmao scharf kritisiert, da unter anderem die Anwälte hier mehr verdienten als er selbst (als Präsident Osttimors), während sein Land dieses Geld dringend für den Wiederaufbau und die Entwicklung benötige. Zudem wolle man keine Rache üben, sondern sich mit Indonesien aussöhnen. Für ein Tribunal in Osttimor fehle die juristische Infrastruktur. Diese

befinde sich gerade erst im Aufbau. Die größte Gefahr für die innere Sicherheit und Stabilität Osttimors stelle zudem die Situation der ehemaligen Unabhängigkeitskämpfer dar. Eine Aufarbeitung der Vergangenheit wird also wohl kaum stattfinden.

Ein weiteres Problem ergibt sich in Hinblick auf die Akzeptanz des Rechtssystems, wenn solche Gräueltaten ungesühnt bleiben, während »kleine« Verbrechen bestraft werden. Ramos-Horta meint dazu, dass es 1999, zum Zeitpunkt der Verbrechen, noch keinen Rechtsstaat gegeben habe, heute jedoch sehr wohl. Heutige Vergehen fielen daher unter die bestehenden Gesetze. Zudem ist er der Meinung, dass bei der Einsetzung eines internationalen Tribunals nach Zustimmung durch den UN-Sicherheitsrat dieses aufgrund mangelnder Kooperation durch Indonesien scheitern werde.

vgl. taz 22.10.2004, Watch Indonesia 2.11.2004

Hoffnung auf Investitionen aus dem Ausland

Bei seinem Besuch in Berlin sagte Xanana Gusmao, die osttimoresische Regierung wolle deutschen Unternehmen Investitionen im Fischerei- und Tourismussektor sowie im Kaffeeanbau erleichtern. Die rechtlichen Rahmenbedingungen für ausländische Investitionen werden zurzeit geschaffen. Eine entsprechende Vereinbarung mit Deutschland, die deutsche Investitionen in die Schlüsselsektoren der osttimoresischen Wirtschaft lenken soll, solle bald getroffen werden. Daneben forderte Gusmao die deutsche Regierung auf, ihre finanzielle Unterstützung zu erhöhen.

Am 2. November 2004 besuchten der osttimoresische Bauminister Joao B.F. Alves sowie der Arbeitsminister Arsenid Band Südkorea, um für Investitionen zu werben. Osttimor habe ein großes Potential, insbesondere im Tourismussektor.

Auch in Japan warben Vertreter der Regierung für eine stärkere finanzielle Unterstützung.

vgl. Herald Media 3.11.04, Lusa 21.10.04 (über etan.org), ABC Asia Pacific 22.10.04 (über etan.org)

nachrichten

Verhandlungen mit Australien gescheitert

Die am 25. Oktober 2004 erneut aufgenommenen Verhandlungen mit Australien über die Öl- und Gasfelder in der Timorsee sowie über die Festlegung der maritimen Grenze zwischen den beiden Staaten (siehe auch *südostasien* 3/2004) sind gescheitert. Nach drei Tagen gingen die Verhandlungspartner in Dili ohne Übereinkunft über die Aufteilung der Einnahmen aus dem Greater-Sunrise-Gasfeld auseinander. Neben einer Festlegung der Grenze in der Mitte zwischen den beiden Staaten, einer entsprechenden Beteiligung an den Einnahmen sowie Ausgleichszahlungen für die entgangenen Einnahmen seit 1999 verlangt Osttimor nun auch, dass das Gas nach Osttimor gepumpt und in Zukunft dort – anders als von Australien verlangt »offshore« oder in Darwin – verarbeitet wird. *Woodside Petroleum* drohte mit dem Abbruch seines 3,9-Milliarden-Euro-Projektes, sollte bis Jahresende keine Einigung erzielt worden sein. Die von Australien angebotenen Kompensationszahlungen bei einer Beibehaltung der bisherigen Aufteilung für weitere 100 Jahre lehnten die osttimoresischen Verhandlungsführer, darunter Mari Alkatiri, ab. Alkatiri begründete dies unter anderem damit, dass es neben finanziellen Einnahmen Osttimor auch um den Erwerb von Know-how im Öl- und Gassektor gehe.

vgl. ABC 27.10.2004, The Nation 30.10.2004, The Age 29.10.2004